

NIE WIEDER WELTMEISTER?! ALTERNATIVEN ZUR EXPORTORIENTIERTEN HANDELSPOLITIK

- WORKSHOP-BERICHTE -

WORKSHOPS AM FREITAG

1. Konzernklagen gegen Staaten und die Zukunft der EU-Investitionspolitik

- Jürgen Knirsch (Greenpeace)
- Marc Maes (11.11.11, Belgien)

„Regeln für Unternehmen!“ forderten die Referenten und Teilnehmer des Workshops und positionieren sich damit klar im gegenwärtigen Streit innerhalb der EU über die zukünftige Ausgestaltung der bilateralen und bi-regionalen Investitionsabkommen (BIT). Die rasende Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat Gesellschaft, Politik und Handel grundlegend verändert – nicht aber die BITs. Genau wie vor 50 Jahren geben die Investitionsabkommen transnationalen Unternehmen keinerlei Pflichten. Dafür aber Rechte wie die ‚Investor to State‘ Klagen, durch die Konzerne gegen regulative staatliche Politik vor ein internationales Schiedsgericht ziehen können.

Jürgen Knirsch von Greenpeace Deutschland informierte wie dieses Relikt hochmütiger post-kolonialer Politik, geschaffen, um die Investitionen der Unternehmen des Nordens in Entwicklungsländer zu schützen, nun auch Deutschland eingeholt hat. Der schwedische Energiekonzern Vattenfall verklagte Deutschland vor zwei Jahren auf 1,4 Mrd. Euro Schadensersatz, weil die vorgegebenen Umweltauflagen den Profit einer Investition in ein Kohlekraftwerk geschmälert hätten. Mittlerweile haben sich die Parteien im Geheimen geeinigt. Über die Konditionen ist dabei nichts bekannt. Fest steht: Das Umweltrecht wurde durch das internationale Investitionsrecht bedroht. Bezeichnenderweise gewinnt die Diskussion um BITs in der EU erst jetzt an Momentum, wo nicht nur die Entwicklungsländer die Verlierer der Präferenz-Politik für transnationale Unternehmen sind, sondern auch Industrienationen.

In welche Richtung sich die zukünftigen Investitionsabkommen bewegen, sei derzeit noch unklar, so Marc Maes von dem belgischen Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisation 11.11.11. Seit Dezember 2009 haben die EU-Mitgliedsstaaten im Lissabon-Vertrag die Verhandlungskompetenz für Investitionspolitik an die EU abgetreten. Die EU erlaubt ihren Mitgliedsstaaten allerdings für eine Übergangszeit weiterhin eigenständige Verhandlungen. Dabei bleiben viele Fragen noch offen und sind zum Teil sehr strittig. Die Hoffnung besteht, dass das Europäische Parlament den Prozessen und Schiedssprüchen der Klagen mehr Transparenz verordnet und damit mehr Raum für zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten bietet.

Trotzdem bleibt am Ende des Workshops die Befürchtung, dass der Attraktivität als Investitionsstandort weiterhin Vorrang vor sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gewährt wird und am Ende das intransparente System erhalten wird, welches mit europäischem Rechtsverständnis wenig zu tun hat.

Literaturtipps:

- EU International Investment Policy: <http://www.s2bnetwork.org/themes/eu-investment-policy.html>

- Vattenfall gegen Deutsche Bundesregierung:

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Vattenfall_versus_Germany_-_German.pdf

2. Machtspiele oder Partnerschaft? Europas Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern

- Martin Dihm (Europäische Kommission)
- Jacob Kotcho (ACDIC, Kamerun)
- Offah Obale (South Centre, Schweiz)

Die Auswirkungen der EPAs (Economic Partnership Agreements), bilaterale Handelsverträge zwischen der EU und den AKP-Staaten (afrikanische, karibische und pazifische Staatengruppe), wurden im Workshop kontrovers diskutiert. Offah Obale kritisierte, die eigentliche Idee der EPAs - Nichtdiskriminierung und Gegenseitigkeit - habe mit der Realität nichts zu tun. Jenseits der Inhalte bemängelte er den Umgangsstil und die Wahrnehmung als Partner zwischen den Beteiligten. Dem entgegen verteidigte Martin Dihm die Abkommen, indem er mehrfach betonte, die EPAs seien „für die AKPs, und nicht für uns“ Auch inhaltlich liegen die Ansatzpunkte der Referenten für eine nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer weit auseinander. Während Martin Dihm die gezielte Liberalisierung, beispielsweise im Bereich Telekommunikation oder Transport, für sinnvolles Instrument hält, plädieren Offah Obale und Jacob Kotcho für die Stärkung der regionalen Integration. Ferner müsse die Güterliberalisierung an Benchmarks, wie dem Wirtschaftswachstum, geknüpft werden. Der nächste EU-Afrika-Gipfel findet am 29. und 30. November in Libyen statt.

Weitere Infos und Studien zum aktuellen Stand der EPAs:

- http://www.acp-eu-trade.org/index.php?loc=frame_main.php
 - http://www.twnafrica.org/index.php?option=com_content&view=section&id=10&Itemid=53
-

3. Kooperation statt Freihandel. Handelspolitische Alternativen aus dem Globalen Süden

- Thomas Fritz (FDCL)
- Gottfried Wellmer (Journalist)
- David Hachfeld (Oxfam)

Thomas Fritz (FDCL) stellte den Teilnehmern die ALBA-TCP Allianz - „Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos“ (Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker) vor, welches unter der Hegemonie Venezuelas ein Gegenkonzept zum Freihandel in Südamerika darstellt. ALBA beruht auf Kooperation. Grundelemente sind eine gegenseitige Befreiung von Zöllen und Steuern, eine Forcierung des gegenseitigen Handels, ein möglichst devisenfreier Handel, sowie eine Vorzugsbehandlung der Schwachen. Positiv zu werten ist, dass die Asymmetrien im Entwicklungsniveau der Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden, die Sozialprogramme in Gesundheit und Bildung, und es aufgrund einer geringen Institutionalisierung sehr flexibel ist. Allerdings werfen die geringe Partizipation sozialer Bewegungen und die starke Dominanz Venezuelas und die Abhängigkeit vom venezuelanischen Öl Probleme auf.

Daraufhin stellte der Journalist Gottfried Wellmer handelspolitische Entwicklungen im südlichen Afrika vor, und beschrieb den Übergang von der Zollunion des südlichen Afrika (SACU) zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPA (Economic Partnership Agreements) und die damit verbundenen Probleme. Die SACU stellte prinzipiell eine oktroyierte Steuer- und Zollunion dar, in der ihre Mitglieder Swasiland, Lesotho, Botswana und Namibia stark von der südafrikanischen Hegemonie abhängig war. Im Streben nach mehr Unabhängigkeit dieser Länder von der

wirtschaftlichen Dominanz Südafrikas entstanden lokale Kooperationen wie die SADC (Southern African Development Community), welche jedoch letztlich auch im Freihandel endeten. Die Entwicklungsgemeinschaft südliches Afrika war weiterhin stark von Südafrika abhängig, da der gemeinsame Entwicklungstopf im Wesentlichen von Südafrika getragen wurde, die Mittel aus diesem Topf jedoch letztlich die Haupteinnahmequellen der anderen Länder darstellten. Mit dem Ende der Apartheid kam es zu etlichen Reformen der SACU, ohne jedoch die grundlegende Abhängigkeit der weniger entwickelten Staaten von der Wirtschaftsleistung Südafrikas auf zu lösen. Mit den EPA Verhandlungen fühlt sich nun Südafrika hintergangen, und die anderen Länder der SACU sehen sich zwischen den zwei Felsen EU und Südafrika erdrückt, da sie von beiden abhängig sind.

Weitere Information zum Thema finden sie unter:

- Hin zu einem alternativen Handelsmandat für die EU
- ALBA contra ALCA Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika
- ALBA contra ALCA
- Publikationsübersicht von Gottfried Wellmer zum Thema

4. Menschenrechte in der EU-Handelspolitik: Rhetorik und Realität

- Alirio Uribe (Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo, Kolumbien)
- Sebastian Rötters (FIAN)
- Armin Paasch (Misereor)

Der Workshop zum Stellenwert von Menschenrechten in der EU-Handelspolitik wurde inhaltlich ausgestaltet von den Referenten Alirio Uribe und Armin Paasch.

Dabei kam Armin als Welternährungs- und Handelsreferent bei Misereor die Aufgabe zu, einen Einblick in die europäische Handelspolitik zu geben. Dem Motto des Workshops – „Rhetorik & Realität“ – entsprechend machte er klar, wie sehr die Bedeutung von Menschenrechten im Handeln der EU hinter ökonomischen Interessen zurücktritt. So ist auffällig, dass die Einhaltung von Menschenrechtsstandards zwar offizielle Bedingung für Kooperationen mit anderen Ländern ist, die Sanktionierung von Verletzungen aber nur willkürlich erfolgt. Alirio als Mitglied des Anwaltskollektivs ‚José Alvear Restrepo‘, Kolumbien, zeigte deutlich auf, dass aktuelle Entwicklungen vor Ort wie die Vertreibung indigener Bevölkerung oder Repressalien gegen Gewerkschafter mit rhetorischen Ansprüchen der EU eine Handels-Partnerschaft ausschließen. Er stellte heraus, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU nicht zu einer verbesserten ökonomischen Lage in Kolumbien führt, sondern nur als Spielwiese für europäisches Kapital dient. Daraus resultieren die zivilgesellschaftlichen Forderungen, die an eine wirtschaftliche Kooperation der EU mit anderen Ländern gestellt werden:

1. Menschenrechtliche Ansprüche sowohl an das Abkommen als auch dessen Auswirkungen
 2. Prognose bzgl. der Auswirkungen auf Menschenrechte als Grundlage von Abkommen
 3. Eine Rendezvous-Klausel, die Beteiligte auch nach Abschluss des Abkommens an einen Tisch bringt, zur Evaluierung der Auswirkungen auf die Menschenrechtsslage
 4. Einbindung transnationaler Konzerne bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten, da diese auch von den besseren Marktzugängen in Folge der Kooperationen profitieren
-

5. Tütensuppen in Timbuktu? Europa als Agrarexporteur

- Tobias Reichert (Germanwatch)
- Jacob Kotcho (ACDIC, Kamerun)

Francisco Mari eröffnet mit einem Einstieg in die Problematik der europäischen Agrarexporte. In den letzten 5 Jahren wird z.B. Fleisch (Schwein und Geflügel) um 100% überproduziert einhergehend mit einer Exportoffensive, vor allem von Fleisch und Milch. Die Agrarmärkte werden geöffnet und auch neue Märkte erschlossen, z.B. China. Über bilaterale Freihandelsverträge werden die Märkte in den Ländern des Südens erschlossen. In den sogenannten Entwicklungsländern werden die lokalen Nahrungsmittel durch unsere billigen ersetzt, wie z.B. Tütensuppen in Ghana. Wir dringen mit unseren Billigprodukten in ihre Märkte ein als Ausweg einer europäischen Agrarpolitik.

Tobias Reichert von Germanwatch erläutert, dass der europäische Markt von Getreide, Milch und Fleisch einem Entsorgungsmarkt gleicht. Es besteht ein weltweiter Trend zur Urbanisierung und vorwiegend in agrarisch geprägten Ländern. Urbanisierung kann Chancen bieten, denn eine Weiterverarbeitung der Agrarprodukte ist nötig und kann Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen. Die EU-Agrarpolitik bzw. der Handel wird durch Direktzahlungen an Bauern ausgeglichen. Die Ungleichheiten entstehen aus dem Nettohandel und Nettoagrarexporten. Es werden immer mehr verarbeitete Produkte der EU in Entwicklungsländer und vor allem Afrika exportiert. Beispielsweise importiert Benin 41,8% des EU-Geflügelfleischs und ist somit größter Importeur.

So boomt auch der deutscher Agraraußenhandel, vor allem in Schwellenländer und der Export von verarbeiteten höherwertigen Produkten. Die Exportstrategie der Europäischen Union geht auf.

Das Ausmaß des Risikos der unfairen Konkurrenz der Ernährungsindustrie in Entwicklungs- und Schwellenländern ist unklar und regional unterschiedlich und sollte in der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) weiter beachtet werden.

Jacob Kotcho (ACDIC) macht die Problematik am Beispiel Kameruns deutlich. Das Land verliert zunehmend die Nahrungsmittelsouveränität. Es existiert zwar ausreichend Land, um Nahrungsmittel zu produzieren aber trotzdem ist Kamerun hochgradig abhängig von Nahrungsmittelimporten. 100% des Getreides wird importiert und diese Importe haben negative Auswirkungen auf die lokale Produktion und die Erwerbstätigkeit sinkt. Je höher der Import ist, desto die höher ist die Abhängigkeit und die Qualität der Produkte ist nicht garantiert.

Warum wehren sich hungernde Menschen gegen billige Importe? – Das Ernährungsverhalten, vor allem in den Städten, verändert sich. Die Billigprodukte verstärken die Mangelernährung (bsp. Import von weißem Mehl für Weißbrot und Baguette).

Das Potential an fruchtbarem Land wird nicht ausgeschöpft, denn nur 1/3 des anbaufähigen Landes wird genutzt. Es fehlen eine klare Politik zur Ernährung und der politische Willen, um die bestehende Strategie zu verändern. Der internationale Rahmen ist in Ländern wie Kamerun häufig nicht gegeben, denn es gibt Auflagen der WTO und/oder des IWF, die Märkte offen zu halten. Ein weiteres Beispiel ist Ghana: Das Parlament wollte die Zölle für Importe anheben, aber der IWF hat interveniert. So drängen Tomatendosen einer italienischen Firma auf den Markt und die lokalen Tomaten verrotten zu Tonnen.

Um billige Exporte in die Entwicklungs- und Schwellenländer zu vermeiden, muss der Verkaufspreis in Europa dem eigentlichen Produktionspreis entsprechen.

In der abschließenden Diskussion wird deutlich, dass die EU im Agrarbereich eine besondere Verantwortung hat und die damit verbundene Reform der europäischen Agrarpolitik bis 2013.

ACDIC hat zurzeit eine Kampagne zu Ernährung „Lokal für lokale Märkte“. Weitere Informationen unter: <http://www.acdic.net/>

Broschüre des EED und ACDIC zum Thema Hühnerfleischexporte:

http://www.eed.de/fix/files/doc/100909_eed_keine-chicken-schicken_deu.pdf

6. Elemente einer Alternativen Rohstoffstrategie

- Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)
- David Hachfeld (Oxfam)
- Anne Jung (Medico International)
- Peter Fuchs (PowerShift)
- Dr. Benjamin Bongardt (NABU)
- Damian Ludewig (FÖS)
- Heidi Feldt

Einstieg in den Workshop bildete die Stellungnahme zivil-gesellschaftlicher Akteure zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die am 25.10.2010 veröffentlicht wurde. Die Hauptkritik der NGOs bezieht sich auf die Ausrichtung des Papiers an den rohstoffpolitischen Interessen des BDI und den Forderungen nach weitgehenden mehrdimensionalen Handelsliberalisierungen. Statt auf einen uneingeschränkten Zugang zu strategischen Rohstoffen für die inländische Industrie zu pochen, sollte in der Rohstoffpolitik vielmehr der Rückgang des Ressourceneinsatzes und Effizienzsteigerung eine zukunftsweisende Rolle spielen. Es gelte deeskalierende Wege an den Fronten zwischen rohstoffabbauender und rohstoffabhängiger Industrie einerseits und Natur, Menschenrechten und internationalem Wettbewerbsdruck andererseits zu finden.

Im weiteren Verlauf wurden zahlreiche Ansätze einer Alternativen Rohstoffstrategie diskutiert:

- Für eine nachhaltige Rohstoffpolitik müsse der intensive Einsatz von Rohstoffen durch geeignete ökonomische Instrumente beschränkt werden. Dabei müsse der Ressourcenverbrauch umfassend beleuchtet werden, einem Produkt müsse „anzusehen“ sein, unter welchen Bedingungen seine Bestandteile gefördert, transportiert, verarbeitet und versteuert wurden. Maßnahmen könnten sein: (in)direkte Subventionen stoppen, Grenzausgleichssteuer, Handelsverbote für fossil erzeugte Produkte.
- Zur Herstellung einer internationalen Ressourcengerechtigkeit sei die Schaffung eines internationalen, verbindlichen Rahmens mit entsprechenden ökologischen und sozialen Standards für die rohstoffabbauende Industrie erforderlich. Hier gab es den Verweis auf die Arbeit des „International Panel on Resource Management“.
- Im Hinblick auf den allgegenwärtigen Klimawandel und einen überfälligen Ruck im Weltwirtschaftssystem, müsse eine alternative Rohstoffstrategie
- Wegweiser für einen Ausweg aus dem fossilen Zeitalter sein,
- Klimagerechtigkeit voranbringen,
- in Rohstofffragen internationale Kooperation statt Konkurrenz ins Zentrum stellen und
- eine spezifische Abwendung des Rohstoffsektors vom Weltmarkt erlauben.
- Als effektives Mittel international für eine alternative Rohstoffstrategie zu kämpfen, wurde neben den oben genannten Mitteln, die Rolle konzernkritischer, länderübergreifender Kampagnen hervorgehoben. Diese könnten es erreichen, mehr Licht und Transparenz auf die Rohstoffgewinnung zu werfen und Unternehmen und KonsumentInnen direkt mit den Auswirkungen zu konfrontieren.

Literaturverweise:

- GlobalPolicyForum et al (2010): Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie . Vorläufige Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung . 25. Oktober 2010 . [Online] - <http://www.germanwatch.org/corp/rohstell.pdf>
- NABU/IG Bau et al (2004): Rohstoffnutzung in Deutschland. [Online] - <http://www.bvbaustoffe.de/root/img/pool/downloads/gem-rohstoff-erklaerung.pdf>
- FÖS (2010): Eckpunktepapier: Der Beitrag Ökonomischer Instrumente zu einer Nachhaltigen Ressourcenpolitik. [Online] - <http://www.foes.de/pdf/2010-10-Eckpunktepapier.pdf>